

Umweltpolitik für alle: Neue Studie fordert soziale Gerechtigkeit!

Eine neue Studie des Öko-Instituts zur sozial gerechten Umweltpolitik zeigt Wege zur Unterstützung benachteiligter Gruppen auf.



Nachrichten AG

Deutschland - Eine neue Studie des Öko-Instituts, FÖS und ISOE im Auftrag des deutschen Umweltbundesamtes untersucht die Herausforderungen der sozial gerechten Gestaltung von Umweltpolitik. Wie **Ökonews** berichtet, zielt die Studie darauf ab, die Kosten und Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung so zu verteilen, dass insbesondere benachteiligte Gruppen Unterstützung erfahren. Die Teilhabe aller Gesellschaftsgruppen am Umweltschutz soll gefördert werden, wobei besonders unterrepräsentierte Gruppen in den Fokus rücken.

Die Forschung hebt hervor, dass soziale Umweltpolitik die Belastungen der Menschen berücksichtigt und eine gerechte Verteilung der finanziellen Mittel anstrebt. Dirk Arne Heyen,

Hauptautor der Studie, betont die Wichtigkeit der sozialen Auswirkungen von umweltpolitischen Maßnahmen. Zu diesen zählen unter anderem die Förderung von Grünflächen in Städten, die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs sowie Maßnahmen zur Reduzierung von Lärm und Feinstaub.

Soziale Folgen der Umweltpolitik

Die Studie nennt auch drei wesentliche Wege zur finanziellen Entlastung durch Umweltpolitik: Es sollten Maßnahmen zur Energieeffizienz gefördert werden, die sowohl Energie als auch Geld sparen. Dazu kommen einkommensstützende Maßnahmen wie die Erhöhung von Transferzahlungen, etwa durch das Bürgergeld. Preisdämpfende Maßnahmen, die direkt an Energie-, Material- oder Wasserpreisen ansetzen, können ebenfalls eine Rolle spielen, allerdings zeigt sich, dass solche Ansätze oft ökologisch kontraproduktiv sind und ineffizient wirken können.

Dr. Katja Schumacher von der Studie hebt hervor, dass eine soziale Ausgestaltung der Umweltmaßnahmen auch Menschen mit geringen Einkommen zugutekommen kann. Dennoch ist es entscheidend, die negativen Verteilungseffekte zu adressieren, da Anpassungsmaßnahmen in der Umweltpolitik private Haushalte belasten können. Das Spannungsfeld zwischen Umwelt- und Sozialpolitik wird immer relevanter, und es besteht ein großer Forschungsbedarf, um effektive Unterstützungsmaßnahmen zu definieren.

Handlungsspielräume für nachhaltige Lebensweisen

Ein nachhaltiger Umstieg erfordert eine sozialverträgliche Gestaltung von Umweltpolitik. Gefahren der finanziellen Überlastung durch umweltpolitische Maßnahmen sind in der Bevölkerung verbreitet, besonders unter ärmeren Menschen, die oft in belasteten Umgebungen leben. Wie **Umweltbundesamt** feststellt, hängt die Akzeptanz von Umweltpolitik stark von der

Wahrnehmung ab, dass diese gerecht und nützlich ist.

Es müssen gezielte Förderprogramme sowie bedarfsgenaue Beratungen entwickelt werden, um die Handlungsspielräume für nachhaltige Lebensweisen zu verbessern. Unterstützung der Bürger*innen ist unerlässlich, um Infrastrukturen zu schaffen, die den Umstieg auf umweltschonende Praktiken erleichtern. Dies umfasst auch den Abbau umweltschädlicher Subventionen und eine engere Kooperation zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren.

Die Herausforderungen der Umweltpolitik sind somit auch eng verwoben mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit, und ein Austausch zwischen sozialen und ökologischen Akteuren könnte einen Perspektivwechsel ermöglichen und die gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www2.oekonews.at • www.seo-kueche.de • www.umweltbundesamt.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at